

---

Pressekonferenz am 11.11.2022, 10:00 Uhr,  
Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung

**„Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter -  
Berufszufriedenheit von Schulleitungen – Fokus: Gewalt gegen Lehrkräfte“**

im Auftrag des VBE Bundesverbandes  
(mit Stichproben für Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz)

Sprechzettel von Udo Beckmann

Bundesvorsitzender VBE

-Es gilt das gesprochene Wort.-

**19.968, 10.950, 10.306**

Diese drei Zahlen, sehr geehrte Damen und Herren, diese drei Zahlen sollten der Politik, der Gesellschaft und uns allen zu denken geben.

An 20.000 Schulen gab es in den letzten 5 Jahren Fälle psychischer Gewalt, Lehrkräfte an gut 10.000 Schulen wurden in den letzten fünf Jahren Opfer von Mobbing über das Internet und last but not least: ebenfalls an gut 10.000 Schulen wurden Lehrkräfte innerhalb der letzten 5 Jahre körperlich angegriffen. Diese Zahlen erhält man, wenn man die prozentualen Angaben der Umfrage, die ich Ihnen nun vorstellen möchte, auf die Gesamtzahl der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland hochrechnet. Dieser Befund ist erschreckend. Aber er bildet die Realität an deutschen Schulen ab

Seit 2018 beauftragt der VBE anlässlich des DSLK jährlich das Meinungsforschungsinstitut forsa damit, Schulleitungen nach ihrer Berufszufriedenheit zu befragen und veröffentlicht diese Zahlen anlässlich des DSLK. So wurden auch in diesem Jahr über 1300 Schulleitungen befragt. Neben allgemeinen Fragen zur Berufszufriedenheit, auf die ich im weiteren Verlauf zu sprechen kommen werde, lag der Fokus in diesem Jahr bei dem Thema Gewalt gegen Lehrkräfte. Auch dieses Thema beleuchtet der VBE nicht zum ersten Mal. Bereits 2016, 2018 und 2020 haben wir Schulleitungen und Lehrkräfte befragen lassen, welche Erfahrungen mit Gewalt sie an ihrer Schule machen mussten. 2020 sogar ein zweites Mal, als wir feststellen mussten, dass sich der gesellschaftliche Unmut über die Corona-Maßnahmen an Lehrkräften und Schulleitungen entlud.

Ja, seit 2016 hat sich manches verbessert. Aber, und damit möchte ich zu den Ergebnissen der aktuellen Umfrage kommen, wir müssen mit Erschrecken feststellen: die Zahl gewalttätiger Übergriffe hat sich nach einem starken Anstieg zwischen 2018 und 2020 über alle Formen und Schularten hinweg, aktuell auf einem besorgniserregend hohen Niveau eingeepegelt. An fast zwei Dritteln der Schulen kam es in den letzten fünf Jahren zu psychischer Gewalt gegen das pädagogische Personal. Zu Beschimpfungen, Bedrohungen, Beleidigungen oder Mobbing. Die Täter:innen? In den allermeisten Fällen waren es Eltern oder Schüler:innen, die Gewalt ausübten. Drei von vier Schulleitungen wissen von Übergriffen durch Eltern, fast 70 Prozent von Übergriffen durch Schüler:innen.

Was heißt das konkret? Legt man zugrunde, dass ein Schuljahr maximal 200 Schultage umfasst, bedeutet dies: **An jedem Schultag der letzten fünf Jahre kam es an mindestens 20 Schulen in Deutschland zu Fällen psychischer Gewalt gegen Lehrkräfte oder Schulleitungen.** Ein weiteres Drittel der Schulleitungen hat uns zurückgemeldet, dass sie selbst oder Lehrkräfte Ihrer Schule Opfer

psychischer Gewalt im Netz, also Opfer von Cyber-Mobbing wurden. In diesem Fall sind es meist Schüler:innen, die die Anonymität der digitalen Welt nutzen, um zu diffamieren, zu beleidigen und zu verletzen. Aber auch Eltern werden online zu einem sehr hohen Prozentsatz zu Tätern. Was mich ebenfalls sehr bedenklich stimmt: 13 Prozent der Schulleitungen haben zurückgemeldet, dass auch andere Erwachsene das digitale Medium nutzen, um gegen Lehrkräfte zu hetzen. Das heißt konkret: **An jedem Schultag der letzten fünf Jahre wurden Lehrkräfte oder Schulleitungen von mindestens 11 Schulen online beleidigt, diffamiert, bedroht oder verleumdet.** Und ebenfalls ein Drittel der befragten Schulleitungen berichten davon, dass sie selbst oder Lehrkräfte an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren körperlichen angegriffen wurden. An jeder dritten Schule kommt es dazu, dass Lehrkräfte geschlagen, geschubst oder mit Gegenständen beworfen wurden. Besonders drastisch ist die Lage an Förder- und Sonderschulen. Hier berichten 73% der Schulleitungen davon, körperliche Gewalt erfahren oder beobachtet zu haben. In den meisten Fällen ging dies von Schüler:innen aus. Dies gaben 97 Prozent der Schulleitungen an. Aber auch hier werden Eltern zu Täter:innen. An acht Prozent der betrachteten Schulen kam es zu körperlichen Übergriffen durch Eltern und in zwei Prozent der Schulen wurden Lehrkräfte durch andere Erwachsene, die ansonsten keinen Bezug zur Schule haben, attackiert. Und auch hier die Frage, was heißt das konkret? **An jedem Schultag der letzten fünf Jahre kam es an mindestens 10 Schulen in Deutschland zu Fällen von physischer Gewalt gegen Lehrkräfte oder Schulleitungen.**

Besonders die Umsetzung der Hygienemaßnahmen zur Reduzierung des Infektionsrisikos in der Corona-Pandemie haben die Schulen vor große Herausforderungen gestellt. Intransparente Maßnahmen, die von der Politik oftmals erst am Wochenende kommuniziert wurden, mussten ab Wochenbeginn umgesetzt sein. Teilweise kam es sogar dazu, dass Schulleitungen aus den Medien davon erfuhren. Und obwohl weder Schulleitungen noch Lehrkräfte die Verantwortung für politische Entscheidungen tragen, hat sich der gesellschaftliche Unmut über die Maßnahmen am pädagogischen Personal in den Schulen entladen. Die Hälfte der Schulleitungen sah eine Zunahme von Gewalt. Fast 40 Prozent von ihnen sah sogar eine starke Zunahme. So kam es an 11 Prozent der betrachteten Schulen zu Gewalt in direktem Zusammenhang mit der Umsetzung von Hygienemaßnahmen. Ausgeübt durch Eltern, Schüler:innen, andere Kolleg:innen oder Erwachsene die sich in Organisationen engagierten, die sich gegen die Schutzmaßnahmen aussprachen.

Nach diesem bedrückenden Befund stellt sich die Frage: gelingt es wenigstens, betroffene Lehrkräfte nach Vorfällen ausreichend zu unterstützen? Die Antwort: nicht wirklich. Gut ein Drittel der Fälle konnte nur zum Teil oder gar nicht aufgefangen werden. In den meisten Fällen lag dies daran, dass Eltern und Schüler:innen nicht kooperationswillig oder nicht einsichtig waren. Aber auch der bürokratische Aufwand der Meldungen und die Überlastung durch die Fülle an anderen Aufgaben oder leider auch die Angst vor einem Reputationsverlust der Schule wurden vielfach als Hinderungsgründe benannt. Besonders bedenklich: 35 bzw. 30 Prozent der Schulleitungen gaben an, dass das Schulministerium oder die Schulverwaltung sich des Themas nicht ausreichend annehmen würden und fast 20 Prozent meldeten zurück, dass die Meldung von Vorfällen von den Schulbehörden nicht gewünscht sei Und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist schlichtweg ein Skandal. Es gehört zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn, dass er seine Beschäftigten schützt. Das mindeste, was Lehrkräfte an dieser Stelle erwarten können ist, dass sie ihrer Arbeit unbehelligt nachgehen und unversehrt wieder nach Hause gehen können. Wenn Vorgesetzte sich der Gewalt gegen Lehrkräfte nicht ausreichend annehmen, ist das in meinen Augen schlichtweg ein Dienstvergehen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie alles Erdenkliche tut, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Wir brauchen eine verpflichtende Dokumentation von Vorfällen, die in Statistiken überführt und veröffentlicht werden. Wir brauchen unbürokratisch erreichbare Ansprechpartner:innen und Dienstherrn, die sich vor die Betroffenen stellen und sich nicht hinter ihnen verstecken.

In den vergangenen Jahren haben Schulleitungen mehr und mehr den Eindruck gewinnen können, dass mit dem Thema Gewalt offen umgegangen wird. In diesem Jahr mussten wir leider feststellen, dass dies nur noch gut 30 Prozent so sehen, nachdem es vor zwei Jahren noch die Hälfte der Schulleitungen zurückgemeldet hatte. Wir können an dieser Stelle nur mutmaßen, dass dies daran liegt, dass der Anstieg der Gewalt nicht im gleichen Ausmaß offen thematisiert wird. Mit diesem bedenklichen Rückgang im Blick ist es umso bedeutsamer, dass endlich eine offizielle Statistik geführt wird. Wir brauchen darüber hinaus die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und ein breites Fortbildungsangebot zu Medienkompetenzen als Prävention gegen Cybermobbing und zum Umgang mit Gewalterfahrungen. Schulleitungen und Lehrkräfte brauchen Schutz, und zwar JETZT.

Sehr geehrte Damen und Herren,

so präsent das Thema Gewalt auch sein mag, es ist nicht die einzige Herausforderung, mit der Schulen zu kämpfen haben. Wir haben die Schulleitungen ebenfalls dazu befragt, welches ihrer Sicht nach die größten Probleme an ihrer Schule sind. Neben dem Lehrkräftemangel, den 69 Prozent angaben, wurden Arbeitsbelastung und Zeitmangel mit 35 Prozent, Inklusion und Integration mit 28 Prozent, aber auch der Umgang mit den Eltern als die größten Herausforderungen benannt. In allen genannten Bereichen, die mit Ausnahme der Elternarbeit mit der personellen und sächlichen Ausstattung der Schulen zusammenhängen, sehen wir über die Jahre hinweg eine kontinuierliche Zuspitzung. Die Schüler:innen und deren Verhalten, Auffälligkeiten oder Disziplin stellen im Gegensatz dazu eine gleichbleibende Herausforderung dar oder werden als rückläufig empfunden. Kurz: die Probleme an Schule entstehen nicht durch die Schüler:innen oder gar Schulleitungen und Lehrkräfte, sie resultieren aus jahrelanger Unterfinanzierung und politischer Fehlplanung.

Konkret danach gefragt, unter welche Belastungen Schulleitungen stark oder sehr stark leiden, nannten 98 Prozent von Ihnen das stetig wachsende Aufgabenspektrum, 97 Prozent nannten immer mehr Verwaltungsaufgaben und jeweils 94% mangelndes Zeitbudget und die Überlastung innerhalb des Kollegiums. Aber auch das Gefühl, die Politik beachte bei ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht ausreichend, teilten 93% der Schulleitungen. Ein Wert, der seit Jahren auf diesem hohen Niveau stagniert und die politisch Verantwortlichen mehr als nachdenklich machen sollten.

All die genannten Probleme und Belastungen wirken sich unmittelbar auf den Arbeitsalltag der Schulleitungen aus. Ein immer größerer Anteil von ihnen meldete uns über die Jahre zurück, die Aufgaben immer seltener oder nie zur eigenen Zufriedenheit erfüllen zu können. Waren es 2018 „nur“ 17 Prozent, die dies sagten, sind es in diesem Jahr fast 40 Prozent. Da ist es wenig verwunderlich, wenn mehr als die Hälfte der Schulleitungen, und damit doppelt so viele wie noch 2018, ihren Job nicht weiterempfehlen würde. Ein verheerendes Signal, wenn man die Bedeutung von Schulleitungen in Bezug auf die Unterrichts- und Schulentwicklung bedenkt. Ebenso ist es eine Abschreckung für alle Lehrkräfte, die darüber nachdenken in Leitungsverantwortung einzutreten, und alle Menschen, die mit dem Gedanken spielen, Lehrkraft zu werden. Wenn wir etwas genauer auf die Entwicklung schauen, stellen wir fest: hierbei handelt es sich nicht um einen langsamen und schleichenden Prozess, sondern um eine Verschlechterung von bis zu fast 10 Prozent pro Jahr. Insbesondere der Rückgang seit Beginn der Pandemie lässt sich sehr klar auf die Belastungen zurückführen, die die Politik Schulleitungen zugemutet hat. Sie mussten so viel schultern, dass ihr Rücken nun chronisch schmerzt. Und wenn das Rückgrat von Schule in Mitleidenschaft gezogen ist, kann der gesamte Organismus nicht mehr richtig funktionieren. Nicht umsonst lautet also die Note, die Schulleitungen der Schulpolitik in ihrem Land geben: 4,4 – Versetzung in Gefahr.

Nun fragen sie sich nach den ganzen Hiobsbotschaften sicherlich: Was bräuchten Schulleitungen, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können? Auch wenn die traurige Antwort lautet: schauen sie sich die

Pressemitteilungen zu den Berufszufriedenheitsumfragen der letzten Jahre an, will ich Ihnen auch heute die Top 5 der Verbesserungswünsche von Schulleitungen nicht verschweigen:

- 97 Prozent fordern mehr Anrechnungsstunden für das Kollegium zur Erfüllung besonderer Aufgaben,
- 95 Prozent eine Erhöhung der Leitungszeit an allen Schulen,
- 94 Prozent mehr Unterstützung durch andere pädagogische Fachkräfte (Stichwort: Multiprofessionelle Teams),
- 89 Prozent eine bessere Ausstattung mit nicht-pädagogischem Personal, wie beispielsweise Hausmeister:innen oder Sekretär:innen,
- und 89 Prozent die Einrichtung oder Beibehaltung einer erweiterten Schulleitung für alle Schulen.

Sie sehen: die Expertise ist vorhanden. Es fehlt nur noch der politische Wille, die Schulen und ihr Leitungspersonal angemessen zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nach über 40 Jahren gewerkschaftlichem Kampf für bessere Bildung darf ich heute ein letztes Mal als Bundesvorsitzender des VBE zur Berufszufriedenheit von Schulleitungen und Lehrkräften sprechen. Und keine Angst, jetzt kommt kein langatmiges und sentimentales Lebensfazit...

Aber ich muss trotz alledem feststellen: auch wenn es seit damals die ein oder andere Verbesserung gegeben hat, sind die Hürden vor denen Schule heute steht, so groß wie schon lange nicht mehr. Und schaue ich auf das, was in unserer Gesellschaft und global stattfindet, muss ich feststellen: Die Herausforderungen, die wir als Gewerkschaft ansprechen, gehen weit über den Schulhof hinaus.

Der amerikanische Pädagoge und Philosoph John Dewey sagte in den Wirren und unter dem Eindruck des ersten Weltkrieges, also vor über 100 Jahren einen Satz, der bis heute kein bisschen Wahrheit eingebüßt hat: **[Zitatanfang]** „Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden und Bildung ist ihre Hebamme“ **[Zitatende]**. Wir im VBE stehen für Demokratie und wir stehen für eine demokratische Schule. Denn Schule legt den Grundstein für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und ermöglicht damit die aktive Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft. Besonders in derart krisengeschüttelten Zeiten, wie wir sie gegenwärtig erleben, wird eine gute Bildung als Basis für den Erhalt unserer Demokratie und unserer Werte wichtiger denn je. Mehr noch: mit Bildung steht und fällt Demokratie. Und damit auch Teilhabe für alle, Frieden, Menschenrechte und nicht zuletzt: unsere Freiheit.

Und Es reicht eben nicht aus, wohlfeile Ideen in Koalitionsverträge und Schulgesetze zu schreiben. Politik muss die Grundlage dafür schaffen, dass alle Kinder einen Zugang zu guter Bildung erhalten. Damit dies möglich wird, fordert der VBE:

- ausreichend Lehrkräfte, um individuelle Förderung zu ermöglichen,
- Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräfte von allem, was nicht zu ihrem pädagogischen Auftrag gehört,
- Multiprofessionalität an Schule muss Standard sein,
- eine angemessene digitale Infrastruktur, deren Finanzierung auch langfristig gesichert ist,
- und angesichts der Befunde, die ich Ihnen heute präsentiert habe: Schulleitungen und Lehrkräfte brauchen Schutz.

Es ist und bleibt Aufgabe der Politik, der Bildung endlich den Stellenwert einzuräumen, den sie in einer Demokratie hat!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit